



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Bürgerbeteiligung und
Netzpolitik -

Tagesordnung Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 1. Dezember 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-03-0006

**Digitale Lösungen für die Corona Krise - Politik handlungsfähig machen
-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum TO I/ TOP 9 „Arbeit der Stadtverordneten-
versammlung und ihrer Ausschüsse in der aktuellen Situation (Corona), zur Sitzung des Haupt-
und Finanzausschusses am 6. Mai 2020-**

Die aktuellen Kontakt-Beschränkungen stellen unsere Gesellschaft in verschiedenen Berei-chen vor enorme Herausforderungen. Erst mit der breiten Verfügbarkeit eines wirksamen Impfstoffes wird die Rückkehr zur „Normalität“ möglich werden. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass dieser erst im Laufe des nächsten Jahres zur Verfügung steht. Das gesellschaftliche, aber auch das politische Leben kann bis dahin nicht völlig stillstehen.

Für die demokratische Teilhabe in der Landeshauptstadt Wiesbaden sind die Fachausschüs-se sowie die Stadtverordnetenversammlung unabdingbar. Deren flächendeckender Ausfall war ein ungewöhnliches, ja drastisches aber notwendiges Mittel um den Schutz der handelnden Akteure zu gewährleisten. Dies darf aber nicht zu einem dauerhaften Stillstand politischer Debatten und Entscheidungsfindungen führen. Daher müssen jetzt Mittel und Wege gefunden werden, den demokratischen Diskurs wieder zu ermöglichen. Im Mittelpunkt dieser Lösung werden digitale Dienste stehen, die Kommunikation und Abstimmungen ohne die Gefahr einer weiteren Virus-Verbreitung ermöglichen.

Der Ausschuss wolle beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt ein Konzept zu erarbeiten, wie die Fachausschüsse sowie die Stadtverordnetenversammlung rechtssicher, digital und unter Teilnahme der Öffentlichkeit tagen und beschließen können. Dieses Konzept soll nach der Sommerpause vorliegen und schnellstmöglich zur Umsetzung gelangen.
2. Der Magistrat wird beauftragt, zu diesem Zwecke Gespräche mit dem Land aufzunehmen um über eine Ausnahmeregelung oder eine Änderung der HGO zu verhandeln, die das digitale Tagen von Ausschüssen und Stadtverordnetenversammlung ermöglichen.
3. Sofern absehbar ist, welche technischen Lösungen zum Einsatz kommen können, sollen die Kosten hierfür genannt und den Stadtverordneten schnellstmöglich zur Kenntnis gegeben werden. Gibt es mehrere Lösungsmöglichkeiten, sollen die maximal drei besten Varianten synoptisch gegenübergestellt werden.

Beschluss Nr. 0083

Der Magistrat wird gebeten einen Sachstandsbericht zu geben, sofern zur kommenden Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik kein Abschlussbericht vorliegt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2020

Sobek
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .12.2020

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .12.2020

Dezernat I
Dezernat III
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Mende
Oberbürgermeister